



öffentlich

Vorlage zur Behandlung im Kreistag

Sitzung am 25.05.2020

TOP 8: Antrag auf unterjährige Stellenschaffung beim Kommunalamt

A. Beschlussvorschlag:

Der Kreistag stimmt der Schaffung einer Sachbearbeiterstelle im gehobenen Dienst beim Kommunalamt für den Bereich der überörtlichen Prüfung zu.

B. Kosten/Finanzielle Auswirkungen: rund 60.000 EUR

Haushaltsmittel stehen zur Verfügung

C. Empfehlungsbeschluss des Ausschusses:

Aufgrund der Vorberatung in der Sitzung des Verwaltungs- und Finanzausschusses am 11.05.2020 wird dem Kreistag einstimmig empfohlen, wie oben zu beschließen.

Anlagen: Anlage zur Stellenanforderung
Aufgaben Kommunalamt 2019



öffentlich

Antrag auf unterjährige Stellenschaffung beim Kommunalamt

Seitens des Kommunalamtes wurde für den Stellenplan 2020 eine neue Stelle für den **Schwerpunkt überörtliche Prüfung** beantragt, welche für das Haushaltjahr 2020 nicht bewilligt wurde. Dem Kommunalamt konnte dennoch zur Unterstützung ab 01.03.2020 ein Absolvent des gehobenen Verwaltungsdienstes zur Verfügung gestellt werden, welcher stellenplantechnisch derzeit auf einer freien Trainee-Stelle des gehobenen Dienstes geführt wird. Um den neuen Mitarbeiter im Amt halten zu können, ist es förderlich, ihm beim Kommunalamt eine Perspektive in Form einer Planstelle aufzuzeigen.

Aktuell sind aufgrund der Corona-Krise mehrere Mitarbeitende des Kommunalamtes mit Sonderaufgaben im Zusammenhang mit Corona befasst.

Es zeichnet sich ab, dass das Kommunalamt bedingt durch die Corona-Krise die ursprünglichen Ziele der überörtlichen Prüfung im Jahr 2020 nicht erfüllen kann.

Aufgabenschwerpunkte der neuen Stelle sind:

- Überörtliche Prüfung von 13 Gemeinden im Zollernalbkreis
- Prüfung der Haushaltspläne der Gemeinden und Zweckverbände
- Prüfung der Jahresrechnungen der Gemeinden und Zweckverbände
- Prüfung der Eröffnungsbilanzen nach Umstellung auf Doppik
- Beratung der Gemeinden in sehr unterschiedlichen Angelegenheiten
- Sachbearbeitung von Widersprüchen

Begründung des Antrags auf Stellenschaffung (siehe Drucksache VF-Nr. 16/2020 mit Anlagen):

Das Kommunalamt ist für die überörtliche Prüfung der Gemeinden unter 4.000 Einwohner zuständig. Das sind im Zollernalbkreis 13 von 25 Gemeinden. Um bestehende Rückstände bei der überörtlichen Prüfung aufarbeiten und der gesetzlichen Forderung des § 114 GemO nachkommen zu können, wonach die überörtliche Prüfung innerhalb von vier Jahren nach Ende des Haushaltsjahres vorgenommen werden soll, ist eine unterjährige Stellenschaffung im Jahr 2020 dringend notwendig. Aufgrund einer hohen Fluktuation (Demographie und Personalwechsel) der Fachbeamten für das Finanzwesen, der Hauptamtsleiter und teilweise auch der Bürgermeister sind die fälligen Prüfungen zeitnah durchzuführen, um die Vorgänge besser nachvollziehen zu können und ggf. Stellungnahmen von den verantwortlichen Stelleninhabern zu bekommen.

Zu berücksichtigen ist auch, dass für die kommenden Prüfungen ein doppeltes Fachwissen im Bereich Kameralistik und Doppik vorgehalten werden muss und damit für die Prüfungen ein erhöhter Zeitaufwand benötigt wird. Auch die von den Gemeinden im Zuge der Umstellung auf die Doppik zu erstellende Eröffnungsbilanz ist vom Kommunalamt zu prüfen.

Sinnvoll, aber zeitintensiv ist auch das „Beratungsangebot“ des Kommunalamtes gegenüber den Städten und Gemeinden.



öffentlich

Darüber hinaus wird das Informationsrecht des mündigen Bürgers in Form von Anfragen, Auskunftsverlangen oder auch Beschwerden mehr denn je genutzt.

Dem Kommunalamt stehen 3,27 Vollzeitäquivalente in gehobenen Dienst und eine Sekretariatskraft in Vollzeit zur Verfügung.

Neben den Rückständen bei der überörtlichen Prüfung konnten durch die Europa- und Kommunalwahlen 2019 viele laufende Aufgaben nicht bearbeitet werden. Da auch das Jahr 2020 (Corona-Krise) und 2021 (Landtags- und Bundestagswahl) ein Aufarbeiten von Rückständen mit den vorhandenen Stellen nicht ermöglicht, wird aufgrund des belegbaren Personalbedarfs die Stellenbewilligung für 2020 als notwendig erachtet. Eine unterjährige Bedarfsprüfung war auch im Rahmen der Verabschiedung des Haushaltsplans 2020 vom Verwaltungs- und Finanzausschuss gefordert worden.

Der Verwaltungs- und Finanzausschuss hat dem Kreistag einstimmig empfohlen, dem Antrag auf unterjährige Stellenschaffung im Kommunalamt zuzustimmen.